

Allgemeine Geschäftsbedingungen



für Erdgasverträge mit Gewerbekunden

§ 1 Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Erdgasverträge mit Gewerbekunden (im Folgenden „**Allgemeine Geschäftsbedingungen**“ genannt) regeln – ggf. in Verbindung mit weiteren in den Erdgasvertrag einbezogenen produktspezifischen besonderen Geschäftsbedingungen – die Bedingungen, zu denen die EWE VERTRIEB GmbH (im Folgenden „**EWE**“ genannt) Kunden außerhalb der Grundversorgung mit Erdgas beliefert.

§ 2 Vertragsschluss; Mitwirkungspflicht

1) Der Kunde kann den Abschluss des Erdgasvertrags zwischen EWE und dem Kunden schriftlich, telefonisch, über das Internet (insbesondere unter www.ewe.de) oder über sonstige elektronische Übertragungswege beauftragen. Der Vertrag wird wirksam, sobald der Kunde die Vertragsbestätigung von EWE in Textform erhält. Die Erdgaslieferung beginnt zu dem in der Vertragsbestätigung genannten Datum.

2) Der Kunde muss Unternehmer im Sinne des § 14 Abs. 1 BGB sein.

3) Die Vertragsbestätigung soll zudem eine zusammenhängende Aufstellung aller für den Erdgasvertrag notwendigen Angaben enthalten, insbesondere

1. Angaben zum Kunden (Firma, Registergericht, Registernummer oder Familienname und Vorname sowie Adresse und Kundennummer),
2. Anlagenadresse und Bezeichnung des Zählers oder des Aufstellungsorts des Zählers,
3. Angaben zu EWE (Firma, Registergericht, Registernummer und Adresse), und
4. Angaben zum Netzbetreiber, in dessen Netzgebiet die Erdgasversorgung durchgeführt wird (Firma, Registergericht, Registernummer und Adresse).

Soweit die Angaben nach Satz 1 Nr. 1 bei Vertragsschluss noch nicht vollständig vorliegen, ist der Kunde verpflichtet, diese EWE auf Anforderung mitzuteilen.

4) Der Kunde hat EWE unverzüglich jede Änderung seines Namens, seiner Firma und Rechtsform, seiner Anschrift, seiner E-Mail-Adresse, seines Geschäftssitzes und seiner Bankverbindung mitzuteilen. Der Kunde hat sicherzustellen, dass seine der EWE mitgeteilte E-Mail-Adresse immer aktuell und gültig ist.

§ 3 Onlineportal und Online-Kommunikation

Sofern der Kunde mit EWE bei der Auftragserteilung bzw. Vertragsschluss vereinbart hat, dass die Kommunikation auf elektronischem Wege erfolgt, gelten die nachfolgenden Regelungen dieses § 3. Andernfalls erfolgt die Übersendung von Vertragsdokumenten postalisch.

1) EWE stellt seinen Kunden unterschiedliche Service-Funktionen und insbesondere ein Onlineportal über das Internet unter www.ewe.de zur Verfügung.

2) Soweit der Kunde von EWE nicht ausdrücklich die briefliche Übersendung von Vertragsdokumenten (insb. Rechnungen, Preisanpassungsmitteilungen etc.) verlangt, ist EWE berechtigt, dem Kunden entsprechende Dokumente online zukommen zu lassen. Die Dokumente werden dem Kunden hierzu in dem Onlineportal zum Abruf mit der Möglichkeit zur Speicherung und dem Ausdruck bereitgestellt. EWE wird den Kunden zum Zeitpunkt der Bereitstellung im Onlineportal auf die Bereitstellung aufmerksam machen. Hierzu wird EWE dem Kunden eine Information an die E-Mail-Adresse senden, die der Kunde EWE mitgeteilt hat.

3) Der Kunde ist verpflichtet, die in seinem E-Mail-Postfach eingehenden Nachrichten der EWE in angemessenen Abständen regelmäßig abzurufen.

4) EWE steht nicht für den jederzeitigen ordnungsgemäßen Betrieb bzw. die ununterbrochene Nutzbarkeit bzw. Erreichbarkeit des Onlineportals und der relevanten Service-Funktionen ein. Insbesondere haftet EWE nicht für Störungen der Qualität des Zugangs zu diesen Funktionen aufgrund höherer Gewalt oder aufgrund von Ereignissen, die von EWE nicht zu vertreten sind.

5) Die Regelungen dieses § 3 gelten auch für weitere von EWE unter derselben Vertragsnummer erbrachten bzw. abgerechneten Lieferungen und Leistungen wie z.B. Strom, Wärme, Wasser und/oder Abwasser.

§ 4 Umfang der Versorgung

1) Voraussetzung für die Erdgaslieferung ist, dass der Kunde als Zähler keine Registrierende Lastgangmessung nutzt. Sofern der Kunde entgegen dieser Verpflichtung eine Registrierende Lastgangmessung nutzen sollte, steht EWE ein Sonderkündigungsrecht zu.

2) EWE ist im Interesse des Kunden verpflichtet, die für die Durchführung der Erdgasversorgung erforderlichen Verträge mit Netzbetreibern abzuschließen. EWE hat die ihr möglichen Maßnahmen zu treffen, um dem Kunden am Ende des Netzzanschlusses, zu dessen Nutzung der Kunde nach der Niederdruckanschlussverordnung berechtigt ist, zum jeweiligen Erdgaspreis und zu den jeweiligen Vertragsbedingungen Erdgas zur Verfügung zu stellen. Das Erdgas wird für die Zwecke des Letztverbrauchs geliefert.

3) EWE deckt vorbehaltlich des Abs. 3 für die Dauer des Erdgasvertrags den gesamten leitungsgebundenen Erdgasbedarf des Kunden. Ausgenommen ist die Bedarfsdeckung durch Eigenanlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen. Außerdem beliefert EWE den Kunden nicht, soweit dieser Erdgasvertrag zeitliche Beschränkungen vorsieht oder soweit EWE an dem Bezug oder der Lieferung von Erdgas durch folgende Ursachen gehindert ist:

- Höhere Gewalt (z.B. Unwetter), oder
- sonstige Umstände, deren Beseitigung EWE nicht möglich ist oder in entsprechender Anwendung des § 36 Abs. 1 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann.

EWE ist ebenfalls von der Lieferpflicht befreit, solange

- eine Störung des Netzbetriebs inklusive des Netzzanschlusses vorliegt, oder
- der Netzbetreiber des Kunden den Netzzanschluss und die Nutzung des Anschlusses unterbrochen hat und dies nicht auf nicht berechtigten Maßnahmen der EWE nach § 15 beruht.

EWE wird den Kunden auf Nachfrage über die Gründe einer Unterbrechung oder Störung des Netzbetriebs informieren, soweit EWE die Ursachen kennt oder vom Netzbetreiber mitgeteilt bekommt bzw. von EWE in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.

4) Soweit die Belieferung eine Jahresmenge von 1.500.000 kWh je Abnahmestelle übersteigt, ist EWE von seiner Lieferpflicht befreit. Sofern diese jährliche Liefermenge überschritten wird oder der Netzbetreiber eine Leistungsmessung in Rechnung stellt, behält EWE sich vor, den Erdgasvertrag mit einer Frist von einem Monat auf das Ende eines Kalendermonats zu kündigen.

§ 5 Art der Versorgung

EWE verpflichtet sich auf Basis der vom Kunden verbrauchten Menge Erdgas die Treibhausgasemissionen (CO₂-Emissionen) zu berechnen und mit entsprechenden Klimaschutzprojekten auszugleichen. Zum klimawirksamen Ausgleich der CO₂-Emissionen werden Klimaschutzprojekte genutzt, welche den strengen Anforderungen des-UN-Klimaschutzsekretariats sowie der Verified Carbon Standard-Association folgen. Zur Berechnung der CO₂-Emissionen nutzt EWE die Emissionsfaktoren des Umweltbundesamtes (UBA) sowie die des Öko-Instituts gemäß „Endenergie Erdgas Heizung“, darüber hinaus wird der Ausgleich der CO₂-Vorkettenemissionen, die z.B. bei der Förderung von Erdgas entstehen, mit berücksichtigt. Die Ökogaslieferei ist somit klimaneutral. Es erfolgt zusätzlich eine jährliche Prüfung der Buchungen durch die TÜV NORD CERT.

Sollte es zu einer Verknappung der momentan geförderten Klimaschutzprojekte kommen, ist EWE berechtigt, auf vergleichbare Zertifikate aus dem freiwilligen Markt oder CER-Zertifikate aus dem EU-Emissionshandel zurückzugreifen. Die vorstehenden Regelungen dieses Absatzes gelten nicht, sofern mit dem Kunden etwas Gegenteiliges vereinbart wurde.

§ 6 Laufzeit und Kündigung

1) Der Vertrag wird wirksam, sobald der Kunde die Vertragsbestätigung von EWE in Textform erhält, und gilt bis zum Ende der Erdgaslieferung. Die Dauer der Erdgaslieferung ergibt sich aus dem Auftrag gem. § 2 Abs. 1 Satz 1. Sie beginnt ab dem in der Vertragsbestätigung genannten Datum des Lieferbeginns.

2) Sofern die Erdgaslieferung eine Erstlaufzeit von 12, 24 oder 36 Monaten hat, verlängert sich die Erdgaslieferung und Vertragslaufzeit jeweils um weitere zwölf Monate, wenn nicht eine Vertragspartei mit einer Frist von einem Monat zum Ende der jeweiligen Laufzeit kündigt. Sofern die Erdgaslieferung eine Erstlaufzeit hat, die kürzer als 12 Monate ist, verlängert sich die Erdgaslieferung und Vertragslaufzeit jeweils wieder um die vereinbarte Erstlaufzeit, wenn nicht eine Vertragspartei mit einer Frist von 14 Tagen zum Ende der jeweiligen Laufzeit kündigt.

3) Der Kunde muss einen Umzug mit einer Frist von einem Monat vor dem Umzugstermin unter Angabe des konkreten Umzugstermins sowie der neuen Adresse anzeigen. Im Falle eines Umzugs innerhalb Deutschlands gilt der Erdgasvertrag für die neue Adresse fort, sofern der Kunde an seiner neuen Adresse durch EWE mit Erdgas beliefert werden kann. Ab dem benannten Umzugstermin beginnt die Belieferung an der neuen Adresse und endet die Belieferung an der ursprünglichen Adresse, sofern mit dem Kunden nichts Gegenteiliges vereinbart wurde. Kann der Kunde an seiner neuen Adresse nicht durch EWE mit Erdgas beliefert werden, endet der Erdgasvertrag zum vom Kunden angegebenen Umzugstermin, sofern der Kunde seinen Umzug mindestens einen Monat vor dem Umzugstermin angezeigt hat, ansonsten unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende. Sollten sich Kostenbestandteile (vgl. § 8 Abs. 1) auf Grund des Umzugs ändern, kann der Kunde den Erdgasvertrag zum Umzugstermin kündigen, sofern der Kunde seinen Umzug mindestens einen Monat vor dem Umzugstermin angezeigt hat, ansonsten unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende.

4) Die Sonderkündigungsrechte nach § 4 Abs. 4, § 8 Abs. 6, § 15 Abs. 4 und § 18 Abs. 4 bleiben unberührt.

5) Die Kündigung bedarf der Textform.

§ 7 Bonuszahlung

1) Sofern EWE mit dem Kunden die Zahlung einer Geldleistung für den Abschluss dieses Vertrags („**Bonus**“) vereinbart hat, gilt das Folgende: Die Voraussetzung für die Gewährung des Bonus ist, dass der Kunde mindestens für den im Auftrag vereinbarten (vgl. § 2 Abs. 1) Zeitraum von EWE mit Erdgas im Rahmen des Vertrags beliefert wird („**Mindestlieferzeitraum**“) und er den im Auftrag (vgl. § 2 Abs. 1) vereinbarten Mindestverbrauch erreicht hat. Der Bonus wird in der ersten Rechnung, die auf das Ende des Mindestlieferzeitraums fällt, gutgeschrieben, sofern mit dem Kunden nichts Gegenteiliges vereinbart wurde. Wird der Vertrag vor dem vollständigen Ablauf des Mindestlieferzeitraumes durch einen – vom Kunden zu vertretenden Grund – beendet, entfällt der Anspruch auf den Bonus. Beendet der Kunde den Vertrag aufgrund einer von EWE zu vertretenden Verletzung einer Hauptleistungspflicht dieses Vertrags, bleibt der Anspruch auf den Bonus bestehen, auch wenn weder der Mindestlieferzeitraum noch der vereinbarte Mindestverbrauch erreicht wurde.

2) Sofern EWE mit dem Kunden für den Abschluss dieses Vertrags vereinbart hat, dass der Kunde eine Sachleistung erhält („**Sachbonus**“), gilt das Folgende: Die Voraussetzung für die Gewährung des Sachbonus ist, dass der Kunde die im Auftrag vereinbarten (vgl. § 2 Abs. 1) Bedingungen erfüllt. Wird der Vertrag vor der vollständigen Erfüllung der Bedingungen durch einen – vom Kunden zu vertretenden Grund – nicht erfüllt, entfällt der Anspruch auf den Sachbonus. Beendet der Kunde den Vertrag vor vollständiger Erfüllung der Bedingungen aufgrund einer von EWE zu vertretenden Verletzung einer Hauptleistungspflicht dieses Vertrags, bleibt der Anspruch auf den Sachbonus bestehen.

§ 8 Preisänderungen, Sonderkündigungsrecht

1) Der Gaspreis enthält folgende Kosten:

1. Beschaffungs- und Vertriebskosten,
2. Steuern und Abgaben (Umsatzsteuer, Energiesteuer, Konzessionsabgabe),
3. Mehrbelastungen auf Grund des Brennstoffemissionshandelsgesetzes,
4. Netzentgelte und Entgelte für den Messstellenbetrieb und die Messung.

Allgemeine Geschäftsbedingungen



für Erdgasverträge mit Gewerbekunden

2) Soweit EWE mit dem Kunden eine Garantie hinsichtlich seines Preises vereinbart hat, gilt das Folgende:

1. Bei Kunden mit einer „**Preisgarantie**“: Während der vereinbarten Preisgarantiezeit wird eine Preisanpassung bei einer Änderung der Umsatzsteuer gem. § 8 Abs. 7, der Mehrbelastungen auf Grund des Brennstoffemissionshandelsgesetzes, sowie dem Wirksamwerden neuer Steuern, Abgaben und/oder sonstigen staatlich veranlassten Mehr- oder Entlastungen gem. § 8 Abs. 8 vorgenommen.
2. Bei Kunden mit einer „**eingeschränkten Preisgarantie**“: Während der vereinbarten Preisgarantiezeit wird eine Preisänderung bei einer Änderung von Steuern, Abgaben gem. § 8 Abs. 1 Nr.2, der Mehrbelastungen auf Grund des Brennstoffemissionshandelsgesetzes, und sonstige staatlich veranlasste Mehrbelastungen gem. § 8 Abs. 1 Nr.3 sowie bei Wirksamwerden neuer Steuern, Abgaben und/oder sonstigen staatlich veranlassten Mehr- oder Entlastungen gem. § 8 Abs. 8 vorgenommen.
3. Bei Kunden mit einer „**Energiepreisgarantie**“: Während der Preisgarantiezeit wird eine Preisänderung nicht auf Grund einer Änderung der Beschaffungs- und Vertriebskosten gem. § 8 Abs. 1 Nr. 1 vorgenommen. Bei Änderung der übrigen Preisbestandteile kann der Preis auch während der Preisgarantiezeit angepasst werden.

3) Preisänderungen durch EWE erfolgen im Wege der einseitigen Leistungsbestimmung in Ausübung billigen Ermessens nach § 315 BGB. Der Kunde kann die Billigkeit der Ermessensausübung nach § 315 Abs. 3 BGB zivilgerichtlich überprüfen lassen. Bei der einseitigen Leistungsbestimmung durch EWE sind ausschließlich Änderungen der Kosten zu berücksichtigen, die für die Preisermittlung nach § 8 Abs. 1 maßgeblich sind. EWE ist bei Kostensteigerungen berechtigt, bei Kostensenkungen verpflichtet, eine Preisänderung durchzuführen. Bei der Preisermittlung ist EWE verpflichtet, Kostensteigerungen nur unter Ansatz gegenläufiger Kostensenkungen zu berücksichtigen und eine Saldierung von Kostensteigerungen und Kostensenkungen vorzunehmen.

4) EWE nimmt mindestens alle zwölf Monate eine Überprüfung der Kostenentwicklung vor. EWE hat den Umfang und den Zeitpunkt einer Preisänderung so zu bestimmen, dass Kostensenkungen nach denselben betriebswirtschaftlichen Maßstäben Rechnung getragen wird wie Kostenerhöhungen. Insbesondere darf EWE Kostensenkungen nicht später weitergeben als Kostensteigerungen.

5) Änderungen der Preise werden erst nach brieflicher Mitteilung an den Kunden wirksam, die mindestens sechs Wochen vor der beabsichtigten Änderung erfolgen muss. Soweit mit dem Kunden vereinbart ist, dass die Kommunikation auf elektronischem Wege erfolgt, erfolgt die entsprechende Mitteilung nach § 3. EWE ist zudem verpflichtet, die Änderungen auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen; hierbei hat EWE den Umfang, den Anlass und die Voraussetzungen einer Änderung anzugeben.

6) Ändert EWE die Preise, so hat der Kunde das Recht, den Vertrag bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Preisanpassung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen. Hierauf wird EWE den Kunden in der brieflichen Mitteilung über die bevorstehende Änderung ausdrücklich hinweisen. Die Kündigung bedarf der Textform. EWE hat die Kündigung unverzüglich nach Eingang in Textform zu bestätigen.

7) Abweichend von vorstehenden Absätzen 2 bis 6 werden Änderungen der Umsatzsteuer gemäß Umsatzsteuergesetz ohne Anündigung und ohne außerordentliche Kündigungsmöglichkeit an den Kunden weitergegeben.

8) Die vorstehenden Absätze 2 bis 6 gelten auch soweit künftig neue Steuern, Abgaben oder sonstige staatlich veranlasste, die Beschaffung, Erzeugung, Netznutzung (Fernleitung und Verteilung) oder den Verbrauch von Erdgas betreffende Mehrbelastungen oder Entlastungen wirksam werden.

§ 9 Messeinrichtungen

1) Das von EWE gelieferte Erdgas wird durch die Messeinrichtungen nach den Vorschriften des Messstellenbetriebsgesetzes festgestellt.

2) EWE ist verpflichtet, auf Verlangen des Kunden jederzeit eine Nachprüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des § 40 Abs. 3 des Mess- und Eichgesetzes beim Messstellenbetreiber zu veranlassen. Stellt der Kunde den Antrag auf Prüfung nicht bei EWE, so hat er diese zugleich mit der Antragstellung zu benachrichtigen. Die Kosten der Prüfung nach Satz 1 fallen EWE zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst dem Kunden.

§ 10 Ablesung, Zutrittsrecht

1) EWE ist berechtigt, für Zwecke der Abrechnung die Ablesedaten zu verwenden, die sie vom Netzbetreiber oder vom Messstellenbetreiber oder von dem die Messung durchführenden Dritten erhalten hat. EWE kann die Messeinrichtung auch selbst ablesen.

2) Der Kunde hat nach vorheriger Benachrichtigung dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Netzbetreibers, des Messstellenbetreibers oder der EWE den Zutritt zu seinem Grundstück und zu seinen Räumen zu gestatten, soweit dies zur Ermittlung preislicher Bemessungsgrundlagen oder zur Ablesung der Messeinrichtungen erforderlich ist. Die Benachrichtigung kann durch Mitteilung an den jeweiligen Kunden oder durch Aushang an oder im jeweiligen Haus erfolgen. Sie muss mindestens eine Woche vor dem Betretungstermin erfolgen; mindestens ein Ersatztermin ist anzubieten. Der Kunde hat dafür Sorge zu tragen, dass die Messeinrichtungen zugänglich sind.

3) EWE kann verlangen, dass die Messeinrichtungen vom Kunden abgelesen werden, wenn dies zum Zwecke einer Abrechnung nach § 11, anlässlich eines Lieferantenwechsels oder bei einem berechtigten Interesse von EWE an einer Überprüfung der Ablesung erfolgt.

Der Kunde kann einer Selbstablesung im Einzelfall widersprechen, wenn diese ihm nicht zumutbar ist. EWE darf bei einem berechtigten Widerspruch nach Satz 2 für eine eigene Ablesung kein gesondertes Entgelt verlangen.

4) Sofern der Kunde den nach Abs. 2 Berechtigten zu keinem der benannten Termine eine Ablesung der Messeinrichtungen ermöglicht und einer Selbstablesung widerspricht, ohne dass diese für ihn unzumutbar im Sinne des Abs. 3 Satz 2 wäre, berechnet EWE für einen gesondert zu bestimmenden Termin für die Ablesung ein gesondertes Entgelt in Höhe von 30,00 Euro (brutto). Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen.

5) Die Ablesung der Messeinrichtung erfolgt zum von EWE bestimmten Zeitpunkt. Erfolgt auf Wunsch des Kunden eine gesonderte Ablesung der Messeinrichtung durch EWE („**Zwischenablesung**“) wird hierfür ein gesondertes Entgelt in Höhe von 30,00 Euro (brutto) berechnet. Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen.

6) Wenn der Beauftragte des Netzbetreibers, des Messstellenbetreibers oder der EWE das Grundstück und die Räume des Kunden nicht zum Zwecke der Ablesung betreten kann, darf EWE den Verbrauch auf der Grundlage der letzten Ablesung oder bei einem Neukunden nach dem Verbrauch vergleichbarer Kunden unter angemessener Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse schätzen. Dasselbe gilt, wenn der Kunde eine vereinbarte Selbstablesung nicht oder verspätet vornimmt.

§ 11 Abrechnung, Stichtagsabrechnung, Abschläge, Berechnungsfehler

1) Die Abrechnung erfolgt grundsätzlich einmal jährlich und findet zu einem von EWE festgelegten Termin statt, sofern der Kunde mit EWE keine Stichtagsabrechnung (vgl. § 11 Abs. 2-5) vereinbart hat. Abweichend von der jährlichen Abrechnung bietet EWE dem Kunden eine monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Abrechnung an. Eine solche monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Abrechnungsweise bedarf einer gesonderten Vereinbarung mit EWE; jede weitere Abrechnung neben der von EWE vorgesehenen turnusmäßigen Jahresabrechnung oder einer von EWE veranlassten Zwischenabrechnung wird mit einem gesonderten Entgelt in Höhe von jeweils 25,00 Euro (brutto) berechnet.

2) Der Kunde hat jedes Jahr einen einmaligen Anspruch auf eine Stichtagsabrechnung zu einem von ihm festgelegten Wunschtermin. Für diese Stichtagsabrechnung fällt kein gesondertes Entgelt an.

3) Die Stichtagsabrechnung findet zu einem vom Kunden mit EWE vereinbarten Stichtag statt.

4) Der Kunde muss seine Verbrauchsstelle zum vereinbarten Stichtag selbst ablesen und die Verbrauchswerte binnen sieben Tage nach dem Stichtag an EWE übermitteln. EWE wird den Kunden hierüber rechtzeitig vor dem Stichtag per Email informieren. Liegen EWE sieben Tage nach dem vereinbarten Stichtag weder Verbrauchswerte des Kunden für den vereinbarten Stichtag noch des Messstellenbetreibers bzw. Netzbetreibers für den vereinbarten Stichtag vor, ist EWE gem. § 10 Abs. 6 berechtigt, den Verbrauch des Kunden zu schätzen.

5) Die erste Stichtagsabrechnung erfolgt frühestens ein halbes Jahr nach Aufnahme der Belieferung.

6) Ändern sich innerhalb eines Abrechnungszeitraums die verbrauchsabhängigen Preise, so wird der für die neuen Preise maßgebliche Verbrauch zeitanteilig berechnet; jahreszeitliche Verbrauchsschwankungen sind auf der Grundlage der für Haushaltskunden maßgeblichen Erfahrungswerte angemessen zu berücksichtigen. Entsprechendes gilt bei Änderung des Umsatzsteuersatzes und erlösabhängiger Abgabensätze.

7) Wird der Verbrauch für mehrere Monate abgerechnet, so kann EWE eine Abschlagszahlung verlangen. Diese ist anteilig für den Zeitraum der Abschlagszahlung entsprechend dem Verbrauch im zuletzt abgerechneten Zeitraum zu berechnen. Ist eine solche Berechnung nicht möglich, so bemisst sich die Abschlagszahlung nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen. Ändert sich der Erdgaspreis, kann EWE die nach der Preisänderung anfallenden Abschlagszahlungen mit dem Prozentsatz der Preisänderung entsprechend anpassen.

8) Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen verlangt wurden, so ist der übersteigende Betrag unverzüglich zu erstatten, spätestens aber mit der nächsten Abschlagsforderung zu verrechnen. Nach Beendigung des Erdgasvertrages sind zu viel gezahlte Abschläge unverzüglich zu erstatten.

9) Ergibt eine Prüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so ist die Überzahlung von EWE zurückzahlen oder der Fehlbetrag vom Kunden nachzutragen. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt EWE den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Feststellung des Fehlers nachfolgenden Ablesenzeitraums oder auf Grund des vorjährigen Verbrauchs durch Schätzung; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Bei Berechnungsfehlern auf Grund einer nicht ordnungsgemäßen Funktion einer Messeinrichtung ist der vom Messstellenbetreiber ermittelte und dem Kunden mitgeteilte korrigierte Verbrauch der Nachberechnung zu Grunde zu legen. Ansprüche nach diesem Abs. 5 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesenzeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.

§ 12 Zahlung, Verzug

1) Rechnungen und Abschläge werden zu dem von EWE angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung fällig. Einwände gegen Rechnungen und Abschlagsberechnungen berechtigen gegenüber EWE zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur,

1. soweit die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers besteht oder
2. sofern

- a. der in einer Rechnung angegebene Verbrauch ohne ersichtlichen Grund mehr als doppelt so hoch wie der vergleichbare Verbrauch im vorherigen Abrechnungszeitraum ist und
- b. der Kunde eine Nachprüfung der Messeinrichtung verlangt und solange durch die Nachprüfung nicht die ordnungsgemäße Funktion des Messgeräts festgestellt ist.

§ 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleibt von Satz 2 unberührt.

2) Hinsichtlich der Zahlungsweise kann der Kunde zwischen Lastschriftverfahren und Überweisung wählen.

3) Gegen Ansprüche von EWE kann vom Kunden nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.

4) Bei Zahlungsverzug wird für jede Mahnung fälliger Rechnungsbeträge oder Abschlagszahlungen für Erdgaslieferungen sowie Rechnungsbeträge für sonstige Lieferungen und Leistungen berechnet: 2,00 Euro (brutto).

5) Dem Kunden bleibt hinsichtlich der pauschal berechneten Kosten gem. Abs. 4 der Nachweis eines geringeren Schadens vorbehalten.

§ 13 Sicherheitsleistung

1) Soweit nach den Umständen des Einzelfalls der Grund zu der Annahme besteht, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt, ist EWE berechtigt in angemessener Höhe – maximal jedoch bis zu einer Höhe des Betrages von zwei Abschlagszahlungen nach § 11 Abs. 7 – Sicherheit zu verlangen.

2) Barsicherheiten werden zum jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verzinst.

3) Ist der Kunde in Verzug und kommt er nach erneuter Zahlungsaufforderung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Erdgasvertrag nach, so kann EWE die Sicherheit verwerten. Hierauf ist in der Zahlungsaufforderung hinzuweisen. Kursverluste beim Verkauf von Wertpapieren gehen zu Lasten des Kunden.

4) Die Sicherheit ist unverzüglich zurückzugeben, wenn keine Vorauszahlung mehr verlangt werden kann.

§ 14 Vertragsstrafe

1) Verbraucht der Kunde Erdgas unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen oder während der Unterbrechung der Erdgasversorgung, so ist EWE berechtigt, eine Vertragsstrafe zu verlangen. Diese ist für die Dauer des unbefugten Gebrauchs, längstens aber für sechs Monate, auf der Grundlage einer täglichen Nutzung der unbefugten verwendeten Geräte von bis zu zehn Stunden nach dem für den Kunden geltenden Erdgaspreis zu berechnen.

2) Eine Vertragsstrafe kann auch verlangt werden, wenn der Kunde vorsätzlich oder grob fahrlässig die Verpflichtung verletzt, die zur Preisbildung erforderlichen Angaben zu machen. Die Vertragsstrafe beträgt das Zweifache des Betrages, den der Kunde bei Erfüllung seiner Verpflichtung nach dem für ihn geltenden Erdgaspreis zusätzlich zu zahlen gehabt hätte. Sie darf längstens für einen Zeitraum von sechs Monaten verlangt werden.

3) Ist die Dauer des unbefugten Gebrauchs oder der Beginn der Mitteilungspflicht nicht festzustellen, so kann die Vertragsstrafe in entsprechender Anwendung der Absätze 1 und 2 über einen geschätzten Zeitraum, der längstens sechs Monate betragen darf, erhoben werden.

§ 15 Unterbrechung der Versorgung

1) EWE ist berechtigt, die Erdgasversorgung ohne vorherige Androhung durch den Netzbetreiber unterbrechen zu lassen, wenn der Kunde diesen Allgemeinen Bedingungen in nicht unerheblichem Maße schuldhaft zuwiderhandelt und die Unterbrechung erforderlich ist, um den Gebrauch von Erdgas unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern.

2) Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei der Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, ist EWE berechtigt, die Erdgasversorgung vier Wochen nach Androhung unterbrechen zu lassen und den zuständigen Netzbetreiber nach § 24 Abs. 3 der Niederdruckanschlussverordnung mit der Unterbrechung der Erdgasversorgung zu beauftragen. Dies gilt nicht, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen oder der Kunde darlegt, dass hinreichende Aussicht besteht, dass er seinen Verpflichtungen nachkommt. EWE kann mit der Mahnung zugleich die Unterbrechung der Erdgasversorgung androhen, sofern dies nicht außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung steht.

3) Der Beginn der Unterbrechung der Erdgasversorgung ist dem Kunden drei Werktage im Voraus anzukündigen.

4) EWE hat die Erdgasversorgung unverzüglich wiederherstellen zu lassen, sobald die Gründe für ihre Unterbrechung entfallen sind und der Kunde die Kosten der Unterbrechung und Wiederherstellung der Belieferung ersetzt hat. EWE ist in den Fällen des Abs. 1 berechtigt, das Vertragsverhältnis fristlos zu kündigen, wenn die Voraussetzungen zur Unterbrechung der Erdgasversorgung wiederholt vorliegen. Bei wiederholten Zuwiderhandlungen nach Abs. 2 ist EWE zur fristlosen Kündigung berechtigt, wenn sie zwei Wochen vorher angeht; Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 16 Haftung

1) Bei einer Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten in der Erdgasversorgung ist, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebs einschließlich der Netznutzung handelt, EWE von seiner Leistungspflicht befreit. Etwaige Ansprüche wegen einer Störung des Netzbetriebs einschließlich des Netzanschlusses können von dem Kunden ausschließlich gegen den Netzbetreiber geltend gemacht werden.

2) EWE haftet nur für Schäden, soweit EWE oder Personen, die EWE zur Vertragserfüllung eingesetzt hat,

- vorsätzlich oder fahrlässig Leben, Körper oder Gesundheit verletzt haben;
- vorsätzlich oder fahrlässig wesentliche Vertragspflichten im Sinne von Abs. 4 verletzt haben; oder
- vorsätzlich oder grob fahrlässig Vertragspflichten verletzt hat, die nicht wesentliche Vertragspflichten im Sinne des Abs. 4 sind.

Außerdem haftet EWE soweit zwingende gesetzliche Haftungsregelungen bestehen (z.B. unter dem Produkthaftungsgesetz).

3) Bei leicht fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten nach Abs. 4 haftet EWE nur für vertragstypische und bei Vertragsbeginn vorhersehbare Schäden.

4) Wesentliche Vertragspflichten sind solche, die die wesentlichen Rechtspositionen des Kunden aus diesem Erdgasvertrag schützen. Wesentliche Vertragspflichten sind ferner solche, deren Erfüllung die Durchführung des Erdgasvertrages überhaupt erst möglich machen und auf deren Einhaltung der Kunde deshalb regelmäßig vertrauen darf.

§ 17 Lieferantenwechsel, Wartungsdienste

- 1) EWE wird einen möglichen Lieferantenwechsel zügig und unentgeltlich ermöglichen.
- 2) Wartungsdienste werden nicht angeboten.

§ 18 Bedingungsänderungen

1) EWE ist berechtigt diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen zum Monatsersten zu ändern, wenn

- die Bedingungen dieses Erdgasvertrages durch eine Gesetzesänderung unwirksam werden, oder
- die Bedingungen dieses Erdgasvertrages durch eine gerichtliche Entscheidung unwirksam geworden sind oder voraussichtlich unwirksam werden, oder
- sich die rechtliche oder tatsächliche Situation ändert und dem Kunden bzw. EWE diese Veränderung bei Abschluss des Erdgasvertrages nicht vorhersehen konnten und dies zu einer Lücke im Vertrag führt oder die Ausgewogenheit des Vertragsgefüges (insbesondere von Leistung und Gegenleistung) dadurch nicht unerheblich gestört wird. EWE darf die Vertragsbedingungen jedoch nur ändern, wenn gesetzliche Bestimmungen die Ausgewogenheit des Vertragsgefüges nicht wiederherstellen oder die entstandene Lücke nicht füllen.

2) Die Regelung des Abs. 1 gilt nicht für eine Änderung der Preise, der Hauptleistungspflichten, die Laufzeit des Erdgasvertrages und die Regelungen zur Kündigung.

3) EWE wird den Kunden mindestens sechs Wochen vor einer geplanten Bedingungsänderung mit brieflicher Mitteilung über diese informieren. Soweit mit dem Kunden vereinbart ist, dass die Kommunikation auf elektronischem Wege erfolgt, erfolgt die entsprechende Mitteilung nach § 3. Darin teilt EWE den Zeitpunkt mit, ab dem die geänderten Bedingungen gelten sollen. Die Änderung wird nur wirksam, wenn der Kunde der Änderung zustimmt. Der Kunde stimmt zu, wenn er nicht bis zu dem in der Mitteilung genannten Zeitpunkt in Textform widerspricht.

4) Darüber hinaus kann der Kunde den Vertrag fristlos zu dem in der Mitteilung genannten Änderungsdatum kündigen.

5) Wenn der Kunde der Änderung weder widerspricht noch fristlos kündigt, gelten ab dem in der Mitteilung genannten Zeitpunkt die geänderten Bedingungen.

6) Der Kunde wird auf die Rechte und Folgen nach den Absätzen 3 bis 5 in der Mitteilung von EWE besonders hingewiesen.

§ 19 Kundenservice und Beschwerden

Fragen oder Beschwerden im Zusammenhang mit der Erdgaslieferung können an die EWE VERTRIEB GmbH, Cloppenburg Straße 310, 26133 Oldenburg, telefonisch unter 0800 – 393 39 31 oder per E-Mail an business-service@ewe.de gerichtet werden.

§ 20 SCHUFA-Auskunft; Bonitätsprüfung

Hinsichtlich der Übermittlung von Daten an die SCHUFA Holding AG wird auf die Ziffer 6 der beiliegenden „Hinweise zum Datenschutz“ verwiesen.

Oldenburg, im Mai 2020
EWE VERTRIEB GmbH

§§ ohne weitere Kennzeichnung beziehen sich auf die §§ dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen.